



Editorial

Die aufgeschobene Haushaltskonsolidierung – ein waghalsiges Unterfangen

Die Staatsverschuldung in Deutschland ist hoch, und die Schuldenstandsquote steigt von Jahr zu Jahr. Soll eine Regierung Gestaltungsspielraum behalten, muß, so argumentiert eine nicht geringe Mehrheit der Sachverständigen, konsolidiert werden. Aber auf welcher Seite des Budgets ansetzen, wenn die Wirtschaft seit den neunziger Jahren im Schnitt nur wenig wächst, sie sich mühselig seit Mitte 2003 aus der Stagnation quält und fast 5 Millionen Personen als Arbeitslose registriert sind? Um der Gefahr zu entgehen, mit einem scharfen Schnitt die laufende Erholung der Konjunktur zu ersticken, haben sich die Koalitionäre für eine Vertagung der Konsolidierung entschieden, in der Annahme, die Rückschlagsgefahr sinke, wenn sich der Aufschwung gefestigt hat. Zugleich wurden Maßnahmen wie das Zukunftsprogramm beschlossen, mit denen bereits 2006 die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung gestellt werden sollen.

Das Zukunftsprogramm wird in der Öffentlichkeit gelegentlich als Konjunkturstimulierung gegeißelt. Wenn dem so ist, steckten darin große Risiken. Erinnert sei an die jüngste Vergangenheit. So folgte auf den Vereinigungsboom 1990/1991 im Jahr 1993 eine Rezession. Das vom Ausland über den Export initiierte „Konjunkturprogramm“ 2003/2004 verhallte ohne Echo in der deutschen Binnenkonjunktur. Davor trieb 1999/2000 ein Exportboom die gesamtwirtschaftliche Aktivität auf einen Hochstand und endete in einer lang anhaltenden Stagnation. Nimmt man die hohen und – in der globaler gewordenen Wirtschaft – steigenden „Sickerverluste“ von Konsum- und Investitionsausgaben in das Ausland hinzu, bliebe bei der ohnehin nicht großen jährlichen Dotierung des Zukunftsprogramms nichts an konjunkturellen Impulsen für das Inland übrig. Aber kann man die Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm einfach als Konjunkturstimulierung abtun? Sicher nicht. Enthält es doch auch Elemente zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen in Deutschland, zum Beispiel die Ausweitung der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen oder die Einführung eines Elterngeldes.

Muß die Konsolidierung aufgeschoben werden? Vor die Wahl gestellt, den Haushalt durch verstärkte Einsparungen oder durch erhöhte Einnahmen zu sanieren, hat sich die Koalition unterm Strich für die Einnahmenseite entschieden: die Erhöhung von Steuer- und Abgabensätzen, insbesondere die Anhebung der Mehrwertsteuer ab 2007. Dies dürfte jedoch die wirtschaftlichen Kräfte schwächen. Die Streichung von Steuersubventionen und Finanzhilfen kommt zu kurz, die Ausgaben werden insgesamt ungenügend reduziert. Für mehr Wachstum und Beschäftigung muß der Faktor Arbeit weiter entlastet werden. Einzig die Reduzierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung geht in diese Richtung. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung soll sogar angehoben werden!

Ein Ende 2006 erneut gestiegener Schuldenstand wird den Konsolidierungsdruck erhöhen. Bleibt die erwartete konjunkturelle Beschleunigung aus, ist der Katzenjammer absehbar. Gilt dann: aufgeschoben ist gleich aufgehoben? Auch solchen Spekulationen hätte man zuvor kommen können, hätte man sich an den Spruch gehalten: „Was Du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen“. Der Lauf der Konjunktur würde jedenfalls 2006 schon mehr Einsparungen als geplant verkraften. Aber soviel Mut hat den Koalitionären wohl gefehlt, waghalsig bleibt der eingeschlagene Kurs allemal.

*Udo Ludwig,
Leiter der Abteilung Makroökonomik*